

## **Bundestagswahl: DIE LINKE. nominiert Stefan Bannert**

Die Partei DIE LINKE hat sich auf Ihren Direktkandidaten zur Bundestagswahl am 27.09.2009, für den Wahlkreis 248 / Bad Kissingen festgelegt. Nominiert wurde Stefan Bannert, der aus Münnerstadt stammt und auch dort lebt. Bei der Aufstellungsversammlung zur bayerischen Landesliste der Partei zur Bundestagswahl, vor knapp zwei Wochen in München, wurde er auf den 18. Platz gewählt.

Stefan Bannert trat bereits 2004 zur Bundestagswahl an, allerdings noch als WASG-Kandidat,

sowie zur bayerischen Landtagswahl 2008, als Direktkandidat für den Stimmkreis Bad Kissingen. Beide Male erzielte er deutliche Ergebnisse über den Landesdurchschnitt seiner Partei.

Der 42-jährige Werkzeugmacher hat seine Politisierung über die langjährige, ehrenamtliche Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit erlangt. Seit 2007 ist er Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Main/Rhön der Partei DIE LINKE.

### Politisches Statement

Ihn sorgen die besonders drastisch gestiegenen Zahlen von Kurzarbeiter in Unterfranken von letztem Jahr 300 Menschen, auf 57500 Menschen zu Anfang April diesen Jahres.

Zwar hält er die Verlängerung der Bezugsdauer für Kurzarbeit auf 18 Monate für richtig, glaubt aber, wären wir nicht im Superwahljahr, wäre dies von der Regierung nicht so schnell abgesegnet worden.

Seiner Ansicht nach, sind die von der großen Koalition getroffenen Maßnahmen im Konjunkturpaket völlig unzureichend und einseitig. Von Nachhaltigkeit oder gar einem Kurswechsel könne nicht die Rede sein.

Dies genau aber wäre nötig, um dem wirtschaftlichen Einbruch entgegen zu steuern. Gibt es denn nicht genügend Handlungsbedarf in öffentlicher Infrastruktur, Energieversorgung, Krankenhäusern, Altenheimen, Schulen, usw..?

Stattdessen wartet die Große Koalition auf Konjunkturprogramme in China, den USA, oder bei europäischen Nachbarn, damit die Exportwirtschaft wieder anläuft, und hofft, so die Zeit bis zur Bundestagswahl zu überstehen.

Die Privatisierung der Renten, vor allem in den USA, und die falsche Umverteilungspolitik, der vergangenen Jahrzehnte, haben fast dafür gesorgt, dass der Finanzmarkt explodierte.

Man fand es plötzlich richtig, in den „freien Markt“ einzugreifen!

Doch während für Banken und Unternehmen ziemlich schnell 700 Milliarden Euro bereit- gestellt wurden, werden als Konjunkturpaket bei den direkten Investitionen, die die Bürger betreffen, gerade einmal zwischen 15-20 Milliarden Euro jährlich locker gemacht. In der Gegenüberstellung dieser Beträge lässt sich genau erkennen, wer von dieser Politik profitiert.

Immer mehr Vertreter anderer Parteien bedienen sich einzelner Programmpunkte der Linken, um dadurch gerechter zu wirken. Die SPD, zum Beispiel, will den gesetzlichen Mindestlohn zum Wahlkampfthema machen, obwohl es dazu seit langem eine Mehrheit im Bundestag gäbe, würde sie denn nur ihren eigenen Antrag dazu unterstützen.

DIE LINKE. muss sich im Gegensatz zu den anderen Parteien, gerade in dieser Krise, nicht neu erfinden, sondern kann getrost Ihre bisherigen Positionen erhobenen Hauptes vertreten.

Weitere Informationen: [www.die-linke-mainrhoen.de](http://www.die-linke-mainrhoen.de)